

Die (neue) Politischwerdung der FMH

Le (nouvel) engagement politique de la FMH



Sehr geehrter Herr de Haller

Zuerst möchte ich Ihnen herzlich für Ihr Engagement danken.

Ich meine, eine neue Entwicklung im Engagement der FMH zu sehen, nämlich die erarbeiteten Fakten (Kosten im Gesundheitswesen, Rezepte, Sündenböcke usw.) endlich öffentlich zu machen und sie *für uns* einzusetzen. Politisch zu werden gewissermassen und uns an unseren einzigen Verbündeten, nämlich den Patienten (Bevölkerung) zu wenden.

Da nun hinlänglich bekannt ist, was im Gesundheitswesen wirklich wieviel kostet, und vor allem, wer daran nicht schuld ist, sollten wir nun wirklich in aller Klarheit aufzeigen, wer zu den Verlierern gehören wird, wenn sich die Politiker mit ihren punkto Kostenentwicklung nutzlosen (bzw. wenn man es von neoliberaler Seite aus betrachtet, wahrscheinlich doch sehr nützlichen) Rezepten und ihrer tendenziösen und einseitigen Informationspolitik durchsetzen – nämlich die Bevölkerung.

Solange es der Politik gelingt, die wahren Fakten zu den Kosten im Gesundheitswesen hinter einem Sündenbock zu verstecken, so lange hat die Bevölkerung keine Chance, sich für oder gegen Veränderungen im Gesundheitswesen auszusprechen, sich hinter uns zu stellen (oder allenfalls gegen uns, dann aber gut ... und fair informiert).

Ich meine, die Politik verfolge zwei Ziele.

1. Vermeiden des drohenden Gesichtsverlustes

Nachdem die Ärztinnen und Ärzte zum alleinigen Sündenbock (raffgieriger Abzocker, ineffizient, schlecht ausgebildet, unkooperativ, Ärztelobby usw.) schlechthin aufgebaut wurden, zeigen die Fakten punkto Kosten nun ein anderes Bild (medizinischer Fortschritt, Alterspyramide, Medikamente, Pflege, Medizin als Wachstumsmarkt usw.). Die damals ach so rasch propagierten Lö-



Dr. méd. Yves Julien Guisan

sungen der Politiker und Kassen (Netzwerke, Ärztstopp, Kontrahierungszwang, alle Macht den Kassen) müssen nun durchgepackt werden (egal was die Folgen sind).

2. Neoliberaler Richtungswandel

Minimieren der Sozialwerke durch vermehrtes Privatisieren der Medizin (mehr Eigenverantwortung der Mitbürger/innen), damit Auslagern der Kosten hin zum Portemonnaie der Bürger, weg vom Beitrag der Wirtschaft an die Sozialwerke ist das Credo. Als Vorbild werden groteskerweise oft die USA genannt! Mein Gott, wie dort die Wirtschaft und das Wohl aller doch florieren!

Fazit

Es wird weiter Krankheiten geben, weiter Patienten geben, Ärztinnen und Ärzte brauchen und vor allem ein System brauchen, das es dem einzelnen Bürger erlaubt, die Medizin bezahlen zu können. Es gibt keine gerechtere und potentere Alternative als das jetzige System. Sparen trotzdem erlaubt, Qualitätsmanagement auch erlaubt (aber unter ärztlicher Leitung), und vor allem sollte wieder klar werden, dass es vor allem wir Ärztinnen und Ärzte sind, die Krankheiten heilen und nicht die Kassen. Dies (und anderes mehr) müssen die Leute wissen.

C. Thiel, FMH Psychiatrie, Bern



Cher Collègue,

Notre président m'a prié de vous répondre.

Je ne peux que m'associer à votre analyse et à vos propos. Un retournement de situation est toutefois loin d'être simple et surtout rapide à obtenir. La FMH doit en effet lutter sur deux fronts pour regagner une certaine crédibilité au gré du public et secondairement auprès des politiciens.

Le premier chantier concerne nos propres rangs. Il nous appartient de redonner à notre profession ses lettres de noblesse. Cela suppose que nous nous organisions d'abord pour assurer la qualité de nos prestations sur le plan technique et social, avant de formuler des revendications de nature économique parfois non dénuée d'une certaine arrogance. Cela n'est de loin pas évident. D'un côté nos aînés estiment que le dévouement d'une carrière entière mérite à juste titre un minimum d'égards en regard des sacrifices consentis (gardes, disponibilité, compétences et formation continue, etc.). De l'autre les

jeunes médecins ne sont de toute évidence plus disposés à mener la même vie que leurs prédécesseurs et revendiquent une qualité de vie équivalente à celle dont jouissent les cadres moyens dans notre société. Tout est question d'équilibre dans ce débat, équilibre sans cesse remis en question par les abus de quelques uns mis immédiatement en exergue par les médias. L'ensemble du corps médical se trouve dans la foulée assimilé à cette infime minorité. Il importe donc absolument de parvenir d'un côté à proposer des modalités concrètes de gestion de la qualité et de la sécurité des patients, de l'autre à faire la preuve de notre capacité à mettre de l'ordre dans nos propres rangs.

Le deuxième front est politique. Les mesures préconisées pour maîtriser les coûts s'inspirent largement à la fois d'une analyse sommaire voire tronquée (tous les médecins abusent – il s'agit enfin de les mettre au pas), de l'autre de conceptions économiques totalement inadaptées à une assurance sociale et solidaire que le peuple a voulu. Nous ne parviendrons à convaincre le monde politique de modifier l'orientation donnée à ces projets que par un dialogue constructif dont la revalorisation de notre profession fait partie. La population et nos patients ne pourront être associés à notre action que grâce à une présence soutenue en matière de communication. Nous ne manquerons pas de requérir leur appui, si les décisions du Parlement devaient céder le pas à des intérêts particuliers et ne pas respecter des principes d'équité et d'intérêt général. C'est dans ce cadre aussi que se situent les nôtres.

*Dr Yves Guisan, Vice-président FMH
et Conseiller national*

Lieber Kollege

Unser Präsident hat mich gebeten, Ihnen zu antworten.

Ihrer Analyse und Ihren Ausführungen kann ich mich nur anschliessen. Allerdings ist es alles andere als einfach, einen Umschwung herbeizuführen, vor allem, wenn dieser rasch erfolgen soll. Denn die FMH muss an zwei Fronten kämpfen, um in der öffentlichen Meinung und in zweiter Linie bei den Politikerinnen und Politikern wieder eine gewisse Glaubwürdigkeit zu erlangen.

Der erste Bereich betrifft uns selbst. Wir müssen dafür sorgen, dass unserem Berufsstand wieder mit Achtung begegnet wird. Dies setzt voraus, dass wir uns zunächst organisieren, um die Qualität unserer Leistungen auf fachlicher und

sozialer Ebene zu gewährleisten, bevor wir Forderungen wirtschaftlicher Art stellen, die zuweilen nicht einer gewissen Arroganz entbehren. Doch dies versteht sich keineswegs von selbst. Einerseits sind unsere langjährigen Mitglieder der Ansicht, dass der Einsatz während eines ganzen Berufslebens berechtigterweise Anspruch auf ein Mindestmass an Anerkennung für die erbrachten Opfer (Bereitschaftsdienst, Verfügbarkeit, Kompetenzen und Weiterbildung usw.) gibt. Andererseits sind die jungen Ärztinnen und Ärzte offensichtlich nicht mehr bereit, das Leben ihrer Vorgängerinnen und Vorgänger zu führen, und verlangen die gleiche Lebensqualität wie das mittlere Kader in unserer Gesellschaft. In dieser Diskussion ist alles eine Frage des Gleichgewichts – eines Gleichgewichts, das durch die Missbräuche einiger, die jeweils von den Medien auf der Stelle angeprangert werden, ständig in Frage gestellt wird. In der Folge wird die gesamte Ärzteschaft in den gleichen Topf geworfen wie diese verschwindend kleine Minderheit. Daher ist es sehr wichtig, dass es uns zum einen gelingt, konkrete Massnahmen für die Qualitätssicherung und die Sicherheit der Patientinnen und Patienten vorzuschlagen. Zum anderen müssen wir aufzeigen, dass wir fähig sind, in unseren eigenen Reihen für Ordnung zu sorgen.

Die zweite Front betrifft die Politik. Die empfohlenen Massnahmen zur Kosteneindämmung beruhen grösstenteils auf einer pauschalen oder gar verkürzten Analyse (die gesamte Ärzteschaft betreibt Missbrauch – ihr muss endlich der Kopf zurechtgesetzt werden) und auf wirtschaftlichen Vorstellungen, die für eine solidarische Sozialversicherung, wie sie das Volk gewünscht hat, völlig unangemessen sind. Nur durch einen konstruktiven Dialog, der auch dazu beitragen sollte, die Wertschätzung für unseren Berufsstand zu erhöhen, werden wir die Politik davon überzeugen können, die Ausrichtung der eingeleiteten Projekte zu ändern. Und nur durch beständige Anstrengungen im Bereich der Kommunikation werden wir die Bevölkerung und unsere Patientinnen und Patienten für unsere Sache gewinnen können. Selbstverständlich werden wir sie um Unterstützung ersuchen, falls die Beschlüsse des Parlaments von Partikularinteressen geleitet sein und nicht den Grundsätzen der Gerechtigkeit und des Allgemeinwohls entsprechen sollten. In diesem Rahmen werden sich auch unsere Entscheidungen bewegen.

*Dr. med. Yves Guisan, Vizepräsident FMH
und Nationalrat*